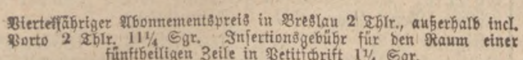
Breslauer Zeitung.





Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 340. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 24. Juli 1863.**

Telegraphische Depeschen.

Karlsruhe, 23. Juli. Die Landtagssession wurde heute durch den Großherzog in Person geschlossen. Die Thronrede zählt die im Sinne des Selfgovernment gehaltenen Reformen auf, denen die Arbeit des Landtags gewidmet, und sagt: „Das stete Streben meiner Regierung wird es bleiben, diese Entwickelung zu fördern, und ohne Eifersucht auf eine freie Selbstverwaltung meines Volkes erflehe ich den Segen des Himmels für das Gedeihen seiner Thätigkeit." Der Schluß lautet: „Wie nur andauernde Arbeit an das Ziel führen konnte, an welchem wir heute mit den Fragen der inneren Gesetzgebung stehen, so lassen Sie uns aus dieser Erfahrung für die noch unerfüllten Hoffnungen des Gesammtvaterlandes die tröstliche Zuversicht schöpfen, daß Hingebung, Ausdauer und unverzagter Muth auch für das große Werk der Einigung den Sieg erringen werden. Stehen wir treu zu dieser Ueberzeugung!"

Darmstadt, 23. Juli. Die zweite Kammer verwarf heute die bindende Kraft der fixen Etats für die Gesandtschaften und bewilligte mit 31 gegen 14 Stimmen statt der geforderten 60,000 Gulden für Gesandtschaften nur 30,000.

Czernowitz (Bukowina), 23. Juli. In der Nacht versuchten Insurgenten aus der Moldau bei russisch Novo-Selitsa über den Pruth nach Bessarabien zu gehen, zogen sich aber vor den russischen Grenzmannschaften, die ihnen den Weg verlegten, wieder zurück. Die russischen Zollbeamten mit der Zollamtskasse und viele russische Familien haben sich auf österreichisches Gebiet geflüchtet.

Preußen.

Berlin, 23. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Die Wittwe des zu Koblenz verstorbenen Regierungs-Vice-Präsidenten Karl Heinrich Eduard Ferdinand Delius, Charlotte Albertine Friederike Henriette, geborene von Ammon, und deren Kinder: Anna Helene Bernhardine Elise Friederike, Karl Friedrich Ludwig Heinrich Ernst und Charlotte Louise Bertha Clara Emilie, Geschwister Delius, in den Adelstand zu erheben.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Hauptmann von der Burg von der Garde-Artillerie-Brigade, zur Anlegung des von des Kaisers der Franzosen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenlegion, und dem Waffenfabrikanten Hermann Wilhelm Lang zu Solingen, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein königl. Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse vom Verdienst-Orden Philipps des Großmüthigen, die Erlaubniß zu ertheilen.

Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 22. Juli 1863 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, in ihrer Zusammensetzung für neu und eigenthümlich anerkannte mechanische Vorrichtung zum Glätten verzinnter Bleche, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden. (St.-A.)

[JJ. kk. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] werden mit Höchstihrer Familie in den ersten Tagen des August hierher zurückkehren und dem Vernehmen nach vor Höchstihrer Abreise nach Gotha noch einige Tage im neuen Palais bei Potsdam Wohnung nehmen.

[Der Krankheitszustand Sr. kgl. Hoh. des Prinzen Friedrich] hat sich über Nacht merklich verschlimmert. Der hohe Patient kann nicht mehr schlucken und liegt fortwährend in starkem Schweiß. Die Aerzte haben heute Morgen erklärt, daß die Kräfte immer mehr schwinden, und darum eine baldige Auflösung zu erwarten sei. Se. königl. Hoh. der Prinz Admiral Adalbert, welcher auf die Nachricht von der schweren Erkrankung seines hohen Verwandten gestern aus dem Bade Homburg nach Berlin zurückgekehrt ist, machte heute Vormittags mit Sr. königl. Hoh. dem Prinzen Karl im Palais einen längeren Besuch.

[Die neuliche Anwesenheit des Cultusministers v. Mühler in Karlsbad] steht, wie die „B. B. Z." vernimmt, mit Differenzen in Verbindung, welche seit einiger Zeit zwischen dem Cultusministerium und der erzbischöflichen Curie in Köln wegen der Besetzung einiger vacanter Domherrnstellen in Köln schweben, und gegenwärtig einen Grad erreicht haben, der höhere Entscheidung dringend nothwendig machte.

[Personalien.] Der Generallieutenant v. Holleben, Direktor der Ober-Militär-Examinations-Commission ist von Neisse, wo derselbe die dortige Kriegsschule inspicirt hat, hier wieder eingetroffen. — Der Fürst Kalinski ist nach Petersburg, der k. österr. Feldmarschall-Lieutenant Graf v. Braida nach Dresden, der kais. russ. General-Stabsdirektor General-Lieutenant Werigin nach Petersburg und der Reichsgraf v. Brühl nach Pförten abgereist. Der Chefpräsident des Appellationsgerichts zu Glogau, Wirkl. Geh. Rath Graf v. Rittberg ist von Glogau, der k. schwed. Generalmajor v. Kleen, General-Inspekteur der Fortifikationen und des Genie-Corps, von Stockholm, und der k. franz. Consul in Moskau, Graf du Tour, von Frankfurt a. M. hier angekommen. — Der Geheime Regierungsrath im Ministerium des Innern, Dr. Hahn, hat einen längeren Urlaub angetreten.

[Für Apotheker.] Durch eine am 3. d. M. ergangene Ministerialverfügung sind sämmtliche preußische Regierungen angewiesen worden, in ihren Bezirken zur Kenntniß der Apotheker zu bringen, daß die Bestimmungen der Verfügung vom 6. Mai 1847, betreffend die Bereitung der Decocte, der Decoct-Infusa und Infusa durch Dampfapparate fortwährend in Kraft sind.

[In der Handelsvertragsfrage] schreibt die officiöse Ztg.: Baiern, welches nach dem Ruhm strebt, der Wortführer derjenigen Zollvereinsgenossen zu sein, die dem Handelsvertrage widerstehen, hat bei Gelegenheit der letzten Konferenzen die Idee vorgebracht, Preußen möchte zuerst die österreichischen Vorschläge berathen, ehe von dem französischen Vertrage die Rede sein könne, d. h. mit anderen Worten, Preußen möge von dem Vertrage mit Frankreich zurücktreten und, nachdem es auf diese Weise seine Hände von den traktatlichen Banden losgemacht, mit den Zollvereinsmitgliedern in Unterhandlungen über die Feststellung des künftigen Tarifs treten. Diesen Vorschlag behauptet Baiern im Interesse Deutschlands entworfen zu haben. Allerdings muthet derselbe formell der preußischen Regierung nichts Ehrenrühriges zu. Gleichwohl würde Preußen, wenn es den Vertrag, das Werk anderthalbjähriger Transactionen, so rasch opferte, eine Position preisgeben, ohne eine andere klare und sichere Stellung zu gewinnen. — Hier sind nur zweierlei Dinge möglich. Entweder Baiern ist bereit, den Tarif, der im Vertrage aufgestellt ist, und an dem Preußen selbst ohne den Vertrag festhalten würde, zu genehmigen, und dann ist es nicht nöthig, daß der Traktat bei Seite geschoben werde. Oder Baiern mißbilligt prinzipiell die Grundsätze jenes Tarifs; und dann sind wir auch durch die Vernichtung des Vertrages dem Austrag keinen Schritt näher gekommen. Doch der wahre Schwerpunkt liegt weder im Tarif, noch im Traktat; er liegt in der Eifersucht gegen Preußen. Die Handelsvertragsfrage ist eine politische Frage geworden, aber sicherlich nicht durch Preußens Schuld, welches dieselbe stets nur vom volkswirthschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, und aufrichtig die Interessen des gesammten Deutschlands angestrebt hat. Wenn dies auch von anderer Seite her geschähe, wenn man die Interessen der deutschen Producenten und Consumenten nicht mehr kleinlichen politischen Eifersüchteleien unterordnen wollte, so würden sich die Schwierigkeiten leicht heben lassen, die in dem entgegengesetzten Falle unüberwindlich sein würden.

[Verwarnung.] Der in Heydekrug (Provinz Preußen) erscheinenden litthauischen Zeitung „Lietuwininkû Saslas" ist eine Verwarnung ertheilt worden.

[Volksfest.] Am nächsten Sonntag veranstaltet der „berliner Arbeiter-Verein" mit seinen Familienangehörigen eine Vergnügungsfahrt nach Potsdam; bekanntlich hat Schulze-Delitzsch, welcher in Potsdam wohnt, jenen Verein dazu aufgefordert. Da die potsdamer Turner- und Sängervereine dem berliner Arbeiter-Verein sich zur Führung und Begleitung angeboten haben, steht für Potsdam ein großartiges Volksfest in Aussicht. Nachmittags werden, wie das Programm wenigstens bis jetzt lautet, auf den Havelseen Lustfahrten mittelst Dampfschiffen stattfinden.

[Aus der patriotischen Vereinigung.] Die „Provinzial-Correspondenz" berichtet: „In der am 11. d. Mts. im Wiebach'schen Lokal stattgehabten Versammlung der patriotischen Vereinigung gab der als eifriges Mitglied derselben bekannte Kaufmann Tugendreich öffentlich die Erklärung ab, „daß er auf der Börse wegen allseitiger Verhöhnung genöthigt gewesen sei, die preußische Kokarde von seinem Hute zu entfernen." Da er diese Mittheilung noch mit einigen, seine sittliche Entrüstung über den Vorgang bekundenden patriotischen Worten begleitete, so mußte seine Austritts-Erklärung aus der patriotischen Vereinigung in der letzten Sonntags-Nummer der „Vossischen Zeitung" als völlig unerklärliche Handlung erscheinen. Man blieb darüber nicht lange im Zweifel. Noch an demselben Sonntag erschien Tugendreich mittelst einer ihm zu diesem Zwecke zur Disposition gestellten Equipage in dem Sitzungs-Lokale des obigen Vereins und erklärte seinen Freunden: „Es sei ihm auf der Börse, vorzugsweise von jüdischen Kaufleuten, die Androhung gemacht und auch praktisch ausgeführt worden, ihn so lange von Geschäften ausschließen zu wollen, bis er seinen Austritt aus der patriotischen Vereinigung erklärt haben werde. Seine Beschwerde hierüber bei den Aeltesten der Kaufmannschaft sei erfolglos geblieben und sei schließlich zur Erhaltung seiner und seiner Familie Existenz gezwungen worden, die bereits redigirte Annonce für die „Vossische Zeitung" zu unterschreiben. Im Uebrigen gehöre er noch mit Leib und Seele den Tendenzen der Vereinigung an und wünsche nichts sehnlicher, als die Versammlung auch ferner besuchen zu dürfen."

Königsberg, 22. Juli. [Professor Möller.] Die Nachricht, daß das General-Concil der hiesigen Universität dem Professor Möller ein Vertrauensvotum gegeben habe, ist in dieser Fassung unrichtig und nur geeignet, diese Angelegenheit in ein schiefes Licht zu stellen. Vielmehr hat das General-Concil in gleicher Weise, wie früher schon die medizinische Fakultät, einstimmig die Verwendung des Universitäts-Curators für Erhaltung des Professors Möller nachgesucht und hierbei dessen ausgezeichnete Lehrgabe und seine Bedeutung für die hiesige Universität in warmer, aber völlig wahrheitsgemäßer Schilderung hervorgehoben. Den nächsten Anlaß hierzu hat ein Gesuch der hiesigen Studenten der Medizin gegeben, welche den akademischen Senat um seine Fürsprache für die Erhaltung ihres verehrten Lehrers gebeten hatten. Hieraus erhellt, daß eine politische Parteidemonstration diesem Schritte ganz fern gelegen hat, da die wissenschaftliche Bedeutung Möllers hier allgemein anerkannt ist. So hat auch der hiesige Verein für wissenschaftliche Heilkunde in einem an den Professor Möller gerichteten Schreiben seine Hochachtung vor den wissenschaftlichen Verdiensten desselben ausgesprochen. (B. A. Z.)

Königsberg. [Die geheime königsberger Nationalregierung.] Die „Kreuzzeitung" läßt sich von hier schreiben: Wie man sagt, circulirt hier auf Anweisung der geheimen Fortschrittsnationalregierung ein Schriftstück bei den Besitzern öffentlicher Lokale mit der Aufforderung, die „Kreuzzeitung" und die „Ostpreußische Zeitung" nicht mehr aufzulegen.

Stettin, 22. Juli. [Politisches Organ für die Regierungs-Politik.] Dem Vernehmen nach kam auf dem Kreistage, welcher am Sonnabend in Greifenhagen abgehalten wurde, der Antrag vor, ein politisches Organ für den Kreis zu subventioniren, welches die Richtung der Regierung vertreten solle. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimme des Vertreters der Stadt Bahn und die eines Schulzen dahin angenommen, daß die Subvention fürerst nur auf ein Jahr sein sollte. (Pomm. Z.)

Elbing, 19. Juli. [Nicht bestätigt.] Dem Vorschlage der Aeltesten hiesiger Kaufmannschaft, den Bankier David Schwedt zum kaufmännischen Beisitzer des Kreisgerichts bei Handelssachen zu ernennen, hat das Ministerium die Genehmigung versagt. (D. D.)

Posen, 23. Juli. [Truppen-Dislocation.] Dem Vernehmen nach wird das gegenwärtig an der polnischen Grenze stationirte 4. posensche Infanterie-Regiment Nr. 59, wahrscheinlich in Folge der bei demselben in letzterer Zeit mehrfach vorgekommenen Desertionen polnischer Soldaten zu den Insurgenten, zurückgezogen und durch 2 Bataillone des in Glogau garnisonirenden schlesischen Füsilier-Regiments Nr. 38 ersetzt werden. Zur Completirung der Garnison Glogau sollen das 2. und Füsilier-Bataillon des 2. niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 47 aus Hirschberg und Löwenberg herangezogeu werden, letztere Städte bis auf kleine Commando's vorläufig jedoch ohne Garnison bleiben. (Pos. Z.)

Rawitsch, 23. Juli. Gestern hat sich hier ein Gerücht verbreitet, dessen Wahrheit ich nicht verbürgen kann, das aber allgemein und so bestimmt auftritt, daß an ihm kaum zu zweifeln ist. Am gestrigen Tage sollten 5 preußische Kürassiere auf ihrem Durchmarsche in Gostyn über Nacht aufgenommen werden. Als dies von den dortigen polnischen Bewohnern verweigert wurde, traten deutsche und jüdische Bürger zusammen, um die Soldaten zu beherbergen. Hierdurch soll es unter der gemischten Nationalität dergestalt zu einem Conflicte gekommen sein, wobei ein Deutscher den sofortigen Tod und ein Jude lebensgefährliche Wunden davon getragen haben soll. (Pos. Z.)

Köln, 22. Juli. [Zum Abgeordnetenfest.] Am Sonntag Abend spät von der Festfahrt zurückgekehrt, gedachte man in einer Gesellschaft des eidgenössischen Festes in La Chaux de Fonds. Es wurde beschlossen, dem Centralcomite einen telegraphischen Gruß zu senden. Vier und zwanzig Stunden später meldete der Telegraph von dort, das Telegramm aus Köln sei von der Tribüne verlesen und mit großem Beifall von der Versammlung, die freundlichst danken lasse, aufgenommen worden. Das Comite für das Abgeordnetenfest veröffentlicht eine Danksagung an die Bewohner der Rheinufer. (Rh. Z.)

Düsseldorf, 22. Juli. [Se. königl. Hoh. der Fürst von Hohenzollern] ist von seinem Besuche bei Ihrer Maj. der Königin gestern Morgen von Koblenz hierher zurückgekehrt.

Laasphe, 19. Juli. [Standesherrliches.] Wir theilten zu seiner Zeit mit, daß seitens der fürstlichen Familie Wittgenstein-Berleburg die Verträge wieder aufgerufen sind, welche im Jahre 1840 mit den Eingesessenen verschiedener Ortschaften über deren Holzgerechtsame in den fürstlichen Waldungen abgeschlossen sind und deren Innehaltung in der Kirche feierlich und eidlich angelobt war. Jetzt nach 14 Jahren wird ihre Nichtigkeitserklärung wegen Zwanges beantragt. Durch Erkenntniß erster Instanz ist indessen diese Klage jüngst zurückgewiesen, die Einrede des Zwanges theils verworfen, theils ausgeführt worden, daß spätere Anerkenntnisse der Verträge vorliegen.

Deutschland.

München, 22. Juli. [König von Preußen. — König von Baiern.] S. M. der König von Preußen wurde auf der Reise von Carlsbad nach Regensburg von dem Offizier-Corps des 6. baierischen Infanterie-Regts. (König Wilhelm von Preußen) in Schwandorf empfangen, wohin dasselbe von Amberg und Sulzbach mit der Regiments-Musik gekommen war. — Der König von Baiern begleitet die Kaiserin von Oesterreich von Kissingen bis Regensburg, wo der Kaiser Franz Joseph von Wien eintreffen wird. Das österreichische Kaiserpaar gedenkt in Regensburg, wie es heute hier heißt, einige Tage zu verweilen. (N. Pr. Z.)

Karlsruhe, 21. Juli. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] erstattete die Commission Bericht über die Motion Häusser's auf Vorlage eines die Verantwortlichkeit der Minister regelnden Gesetzes. Die Commission erklärte sich im Allgemeinen mit den in den Motiven entwickelten Grundsätzen einverstanden. Die Commission schlug vor, der von der Motion beantragten Adresse beizutreten, und für die künftige Session um einen Gesetzentwurf zu bitten, welcher im Anschlusse an den § 67 der Verfassung die Fälle der ständischen Anklage, die Grade der Ahndung, die urtheilende Behörde und die Prozedur bestimme. Dieser Antrag wurde einstimmig von dem Hause angenommen.

Stuttgart, 20. Juli. [Wie man hier mit der Presse umspringt,] beweis't der jetzt zum zweitenmale vorgekommene Fall, daß das hiesige Witzblatt, der „Eulenspiegel", einfach statt eines seiner Kollegen gefaßt und beschlagnahmt wird. Vor einigen Wochen mußte jenes Blatt für den radikalen „Gradaus" herhalten, letzten Sonnabend für das zugleich mit ihm, aber als abgesonderte Zeitschrift erscheinende „Literarische Wochenblatt", welches von Ludwig Seeger herausgegeben wird. Dieses kritische Blatt also sollte der Preßpolizei verfallen; statt seiner holte die Polizei den „Eulenspiegel". (Fr. J.)

Leipzig, 22. Juli. [Ueber die glücklich bewerkstelligte Bergung des Dampfbootes „Ludwig"] ist gestern Abend an Herrn Ernst Keil hier, den Herausgeber der „Gartenlaube", folgende Depesche aus Rorschach eingegangen: „Ludwig gehoben und am Land. Herrlicher Triumphzug; Beschreibung morgen."

Oesterreich.

Wien, 21. Juli. [Die Zustände in Oesterreichisch-Polen] gestalten sich seit einiger Zeit immer bedenklicher. Es hat nämlich die österreichische Polizei in Lemberg ein vollständiges Arsenal, reich ausgestattet mit Montur- und Munitionsgegenständen, für die Ausrüstung von Zuzüglern entdeckt. Auch hat sie die untrüglichsten Beweise erhalten, daß die geheime Steuererhebung von Seiten der National-Regierung auch in Galizien bereits Platz gegriffen, und ist zweier Agenten der National-Regierung habhaft geworden, welche die Aufgabe hatten, Instructionen in Betreff des Prozesses Manciewski zu ertheilen. Die Geldmittel, welche von dem geheimen Comite in Lemberg bereits gesammelt waren, sind in die Hände der österreichischen Polizei gefallen. (D. A. Z.)

Wien, 23. Juli. [Ausführlichere Fassung der wiener Depesche im Morgenblatte.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete Graf Rechberg die Interpellation des Grafen Tinti, betreffend die Genugthuung, welche Oesterreich für die von russischen Truppen verübten Grenzverletzungen erhalten habe, dahin: Die russische Regierung habe wiederholt ihr Bedauern über das Vorgefallene ausgedrückt, den am 13. Februar bei Ulanow durch den russischen Capitän Kriwokonenko arretirten Flüchtling in Freiheit gesetzt, die bei den vom Interpellanten erwähnten Vorfällen Beschädigten entschädigt und die Schuldigen bestraft. Grenzverletzungen seien seither nicht vorgekommen. Somit sei alles geschehen, was nach dem Völkerrecht von Rußland verlangt werden könnte. Ferner wurden die Interpellationen 1) des Grafen Adam Potocki und Genossen über die Vorfälle in Krakau am 14. d. und über die Weigerung des dortigen Telegraphenamtes, eine darauf bezügliche Depesche zu befördern, und 2) des Grafen Eugen Kinsky und Genossen um Mittheilung der Gründe, welche die zahlreichen Internirungen veranlassen, und des Wortlautes der diesfalls etwa bestehenden internationalen Verträge oder sonstigen Vereinbarungen — v. Mecsery dahin beantwortet: Die Militärmannschaften in Krakau, welche geschossen, nachdem sie durch Steinwürfe angegriffen, hätten vorschriftsmäßig gehandelt, desgleichen das Telegraphenamt. Die angeordneten Internirungen seien ebensosehr von dem internationalen Rechte wie von der Nothwendigkeit und der Humanität geboten gewesen. Das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit könne anerkannte völkerrechtliche Grundsätze nicht alteriren. — Mühlfeld's Anträge, die Juden zum Notariat zuzulassen und auf Einsetzung eines Finanzausschusses werden ohne Discussion angenommen. Die Polen betheiligten sich bei den vorkommenden Abstimmungen und Wahlen.

Hermannstadt, 22. Juli. [Die ungarischen Landtagsmitglieder] beurlaubten sich heute gemeinschaftlich bei dem Grafen Crenneville. Baron Kemeny, Graf Miko und Bischof Haynald begeben sich mit einer Denkschrift nach Wien.

Frankreich.

Paris, 21. Juli. [Offiziöser Beruhigungsartikel.] Die „France" sagt diesen Abend:

Die, durch die der russischen Antwort gegebenen Interpretationen in den letzten Tagen ziemlich lebhaft aufgeregten Eindrücke fangen an, sich zu beruhigen. Wir können das Publikum nicht zu viel warnen, gegen diese Beweglichkeit der Ansichten, die von einem übertriebenen Optimismus nur allzuleicht zu schlecht begründeten Besorgnissen übergehen, auf seiner Hut zu sein. Die polnische Angelegenheit rechtfertigt in keiner Art diese Alternativen. Die Festigkeit, mit welcher sie gestellt worden ist, die Weisheit, mit der sie betrieben wird, desavouiren in gleicher Weise diejenigen, welche an eine Schwäche glauben, und die, welche uns zur Vermessenheit antreiben. Wir wiederholen es: Das, was uns in dieser Angelegenheit immer die Möglichkeit eines Conflictes zu entfernen geschienen hat, ist der ganz europäische Charakter, welcher ihr durch die Initiative und durch alle Akte unserer Diplomatie gegeben worden ist. Wir haben die Unterhandlungen mit Oesterreich und mit England angeknüpft; wir betreiben sie mit ihnen, und dieser Bund politischer Kräfte muß bis zum gänzlichen Schluß aufrecht gehalten werden. In dieser Art wird Frankreich nicht isolirt handeln; es wird einer Frage von einem europäischen Interesse nicht die Tragweite eines französischen Interesses, eines nationalen Ehrgeizes geben. Bis jetzt war Europa gegen Frankreich, um die Verträge von 1772 mit allen ihren Folgen aufrecht zu erhalten; jetzt ist Europa mit Frankreich, um sie zu verbessern. Das macht die Stärke der Sachlage; das charakterisirt die Weisheit unserer Politik; das ist nach unserer Meinung die beste Friedensbürgschaft.

Paris, 21. Juli. [Rüstungen?] Es wird zu vorbereitenden Rüstungen geschritten, und dem Vernehmen nach ist an die Behörden der Kriegshäfen die Frage gerichtet worden, über welche Mittel man im Falle eines Krieges disponiren könne. Nach den hierauf eingegangenen Berichten soll man im Stande sein, noch während der guten Jahreszeit

eine genügende Anzahl von Kriegsschiffen zu einer Ostseeflotte zu vereinigen, wenn man die Vorbereitungen auf der Stelle beginne. Indeß wird es fürs Erste schwerlich schon so weit kommen. (K. Z.)

Belgien.

Brüssel, 21. Juli. [Scheldezoll.] Der „Moniteur" veröffentlicht in seinem officiellen Theile die Verträge über die Aufhebung des Scheldezolls, so wie die Verordnungen, welche die Ausführungsmaßregeln ordnen. Es erhellt daraus, daß vom 1. August d. J. an der Scheldezoll nicht länger erhoben, das Tonnengeld unterdrückt wird. Die neuen Tarife der Lootsenabgaben werden angewandt, so wie sie sich vermindert finden. Die Verminderung der Lokal-Schifffahrtsabgaben in Antwerpen tritt in Kraft.

Niederlande.

Gravenhaag, 18. Juli. [Ueber das Attentat] auf den Erzbischof von Utrecht, Msgr. Johannes Zwysen, wird noch mitgetheilt: Der Prälat befand sich in seinem Palast bei Herzogenbusch, als er Nachts zwischen 3 und 4 Uhr, in seinem Bette liegend, von einer Pistolenkugel getroffen ward, die durch den rechten Arm in die Nieren gedrungen sein soll. Bisher ist der Mörder nicht ergriffen; die herbeigeeilten Bedienten mögen zu spät an die Verfolgung gedacht haben. Der Erzbischof lebt und ist bei vollem Bewußtsein; er hat über die Person des Mörders nichts aussagen können. Natürlich ist der Zustand des 70jährigen Greises schon durch den starken Blutverlust gefährlich. Das Gerücht nennt einen Zögling des katholischen Seminars in Haaren (bei Herzogenbusch) als den Thäter. Dies Seminar grenzt an den erzbischöflichen Palast, und es scheint, daß sich der Mörder Abends in dem Gebäude einschließen ließ und in der Hauskapelle auf sein Opfer geharrt hat.

Großbritannien.

* **London,** 21. Juli. [Unterhaus-Sitzung vom 20. Juli.] Horsman beantragt folgende Resolution: „Den durch den wiener Vertrag in Bezug auf Polen getroffenen Arrangements ist es nicht gelungen, die gute Regierung Polens zu sichern, und jeder weitere Versuch, Polen wieder unter die Bedingungen jenes Vertrages zu bringen, muß Unglück für Polen und Verlegenheit und Gefahr für Europa verursachen." Der Antragsteller spricht auf's wärmste für Polens Wiederherstellung, tadelt die Regierung, daß sie allzu viel oder allzu wenig gethan, erinnert an die Unersprießlichkeit der Diplomatie, wenn sie keine Waffen als Rückhalt habe, und warnt England davor, das polenfreundliche und ruhmesdurstige Frankreich zu neuen Allianzen hinzudrängen. — Lord Palmerston: Die Rede meines sehr ehrenwerthen Freundes scheint mir, so sehr sie das gewohnte Talent des Redners verrieth und so aufmerksam ihr das Haus auch lauschte, doch ihrem Inhalte nach nicht so folgerichtig zu sein, wie seine Reden das in der Regel sind. Auch stand sie nicht einmal mit dem Antrage selbst in Einklang. Am Anfang der Rede tadelte mein sehr ehrenwerther Freund die Regierung vom Jahre 1831 und mich als das Organ dieser Regierung wegen unserer diplomatischen Einmischung in die Angelegenheiten Polens. Mein sehr ehrenwerther Freund hat der Regierung Zaghaftigkeit vorgeworfen, weil sie in ihrer Politik nicht so weit gegangen sei, daß sie es auf die Entscheidung durch die Waffen habe ankommen lassen. (Horsman: Ich habe Alles gutgeheißen, was die Regierung im Jahre 1831 gethan hat.) Gut, aber mein sehr ehrenwerther Freund ging noch weiter. Es freut mich sehr, daß er das, was wir im Jahre 1831 thaten, billigt, und er hat jedenfalls dem von meinem edlen Freunde (Earl Russell) bei der gegenwärtigen Gelegenheit beobachteten Verfahren hohes Lob gespendet, in so fern er sagte, es sei ein großer diplomatischer Triumph, die Zustimmung fast aller europischen Mächte zu den Rußland in Bezug auf Polen gemachten Vorschlägen erlangt zu haben. Allein der Kern der Rede schien mir doch eigentlich in der Auffassung zu liegen, daß bloße diplomatische Vorstellungen nichts fruchteten, wenn sie nicht die materielle Gewalt im Gefolge hätten. Der Redner schien mir die Macht der öffentlichen Meinung abzuleugnen. Nun bin ich stets der Meinung gewesen, daß die Macht der öffentlichen Meinung beinahe der Macht der Waffen gleichkommt, und ohne Zweifel übt die öffentliche Meinung einen gewaltigen Einfluß auf das Verhalten der einzelnen Menschen und der Regierungen aus. Die Ereignisse liefern in der That einen schlagenden Beweis von ihrer Macht, da während der in den Jahren 1831 und 1832 gepflogenen Unterhandlungen die russische Regierung uns jedes Recht bestritt, ihr auf Grund des Vertrages von 1815 Vorstellungen wegen der Angelegenheiten Polens zu machen. Sie sagte, Rußland habe Polen nach der Revolution wiedererobert und diese Eroberung hebe den Vertrag von 1815 auf. Die russische Regierung behauptete daher, eine Einmischung in die Angelegenheiten Polens sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands, und wir hätten kein Recht, uns um Dinge zu kümmern, die den Kaiser von Rußland allein angingen. Jetzt ist der von Rußland eingenommene Standpunkt ein durchaus verschiedener. Der Gesammt-Meinung so vieler Mächte Europas nachgebend, ist Rußland bereit, sich innerhalb der Grenzen des Vertrages in Erörterungen über Polen einzulassen. Damit ist schon ein großer Schritt gewonnen und es ist die Aussicht auf einen besseren Zustand der Dinge vorhanden, als zu erwarten der frühere Standpunkt Rußlands uns berechtigte. Es ist allerdings wahr, daß die Bestimmungen des wiener Vertrages zweifacher Natur sind, indem sie sich einerseits auf das Königreich Polen, andererseits auf die Polen beziehen, welche die Unterthanen Oesterreichs, Rußlands und Preußens sind, und da Polen durch die Krone mit Rußland verbunden wurde, ist es vollständig klar, daß dieser Paragraph sich auf die Unterthanen der dem russischen Reiche einverleibten ehemaligen polnischen Provinzen bezog. Man sagt, England sei auf dem wiener Congresse hauptsächlich dazu behilflich gewesen, daß Polen an Rußland gegeben worden sei. In Wahrheit aber verhält sich die Sache folgendermaßen: Der Kaiser von Rußland hatte damals ein großes Heer in Polen und bestand darauf, Polen zu behalten. Nicht England gab Polen an Rußland weg, sondern Rußland selbst war es, welches Polen besetzt und erobert hatte und sich weigerte, es herauszugeben, und der wiener Vertrag war das beste Abkommen, das unter den obwaltenden Umständen getroffen werden konnte. Jenes Abkommen traf der Kaiser von Rußland im Interesse der Polen, weil er von dem Fürsten Czartoryski geleitet wurde und gesonnen war, Polen eine freisinnige Verfassung zu geben, und die Absicht hatte, einen großen Theil der alten polnischen Provinzen, die jetzt zum russischen Reiche gehören, einzuverleiben. Es wird von Manchem behauptet, unmöglich könne eine freie parlamentarische Verfassung für Polen neben einer despotischen Autorität in Rußland bestehen. Die Wahrheit dieser Behauptung ist mir nicht einleuchtend. Es war nicht jene Unmöglichkeit, welche verhinderte, daß die polnische Verfassung in Kraft trat; es waren vielmehr die willkürlichen Neigungen des damaligen Großfürsten Konstantin und der Umschwung in den Gesinnungen des Kaisers von Rußland, was zu der Suspension der Verfassung und zu der Willkür-Herrschaft führte, die an Stelle der von dem wiener Vertrage beabsichtigten trat. Das führte zu der Revolution von 1831. Nun sagt man uns ferner, wir hätten jetzt keine andere Wahl, als entweder vollständig passiv zu bleiben, oder auf die Herstellung Polens innerhalb seiner ursprünglichen Grenzen zu dringen. Ohne Zweifel: Wären alle Mächte Europa's bereit gewesen, Krieg mit Rußland zu führen, um es zur Herausgabe alles dessen zu nöthigen, was es Polen abgenommen hatte, so würde ich es begreiflich finden, daß man die Wiederherstellung Polens innerhalb seiner natürlichen Grenzen für wünschenswerth halten könnte. Nun ist es aber klar, daß sich dieses Ziel nicht durch Ueberredung erreichen ließe, sondern, wenn es überhaupt zu erreichen wäre, durch Gewalt. Der einzige Grund und Boden, auf welchem wir oder die anderen europäischen Mächte zu Rußland zu sprechen berechtigt sind, ist der wiener Vertrag. Dieser verlieh uns die Befugniß, zu verlangen, daß gewisse Einrichtungen im Königreiche Polen eingeführt werden sollen; allein sobald wir über diesen Vertrag hinausgehen und von Rußland die Wiederherstellung eines besonderen Königreichs Polen fordern, haben wir keinen Rechtsboden für eine solche Forderung, und wir können unsere Forderung nur durch einen glücklichen Krieg durchsetzen; **zu einem Kriege aber ist die Regierung nicht entschlossen.** Die Resolution verlangt, wir sollten Rußland erklären, der wiener Vertrag sei in Bezug auf Polen zu Ende, und wir sollten uns deshalb des Rechtes begeben, das wir jetzt besitzen, Rußland Vorstellungen über die Behandlung Polens zu machen. Ich begreife nicht, wie wir den Polen dadurch helfen könnten; wir sind jetzt befugt, Rußland vorzustellen, daß es gewisse vertragsmäßige Verpflichtungen nicht beobachtet hat; sobald wir aber Rußland erklären, der Vertrag sei zu Ende, wird dieses sagen: gut, dann besitze ich Polen nicht länger kraft Vertrages, sondern durch Eroberung, es gehört mir durch das Recht des Schwerdtes, und möge der es anrühren, welcher Lust dazu hat; ich habe ganz dasselbe Recht, es ohne welche Bedingung zu behalten, wie das in Bezug auf jeden Theil des russischen Reiches der Fall ist. Meines Erachtens würde das kein Vortheil für die Polen sein; wir würden sie vielmehr an Händen und Füßen gebunden dem General Murawieff oder irgend einem Anderen, den Rußland über sie setzt, überliefern. Ich hoffe daher, daß das Haus den Antrag nicht annehmen wird, und würde die Annahme für einen höchst lahmen und ohnmächtigen Beschluß halten. Die Meinung des Parlamentes und Landes, so wie die Europa's, erheischte laut, daß Rußland irgend eine Vorstellung gemacht werde. Nun bin ich aber durchaus nicht der Ansicht, daß man nie Vorstellungen machen oder unterhandeln dürfe, wenn man nicht entschlossen sei, sofort zu der Entscheidung der Waffen seine Zuflucht zu nehmen, falls man nicht auf diplomatischem Wege sein Ziel erreiche. Damit würde allen Unterhandlungen zwischen Nationen ein Ende gemacht sein, und es gilt dies auch in der That nicht als Regel, weder bei Staaten noch bei einzelnen Personen. Man hat gesagt, der Waffenstillstands-Vorschlag sei durchaus unpractisch; ich dagegen glaube, daß, wenn die Feindseligkeiten auf einige Zeit eingestellt würden, Unterhandlungen eintreten könnten und irgend ein Abkommen möglich wäre. Wir haben gehört, daß, falls die russische Regierung in eine Einstellung der Feindseligkeiten willigen sollte, was sie leider nicht thut, die revolutionäre polnische Regierung sich bereit erklärt hat, in eine Conferenz zu willigen, vorausgesetzt, daß sie auf derselben vertreten werde. Könnten nun nicht diejenigen, welchen diese polnischen Mittheilungen zugänglich sind, aus derselben Quelle, mag sie nun geheim sein oder nicht, eine Versicherung erhalten, welche, wenn die russische Regierung sich bereit erklärte, die Feindseligkeiten einzustellen, von der anderen Seite eine ähnliche Zusage enthielte, so daß dem Blutvergießen ein Einhalt gethan würde? Das scheint mir denn doch wohl des Versuches werth, und wir würden unsere Pflicht vernachläßigt haben, wenn wir einen Waffenstillstand nicht unter unseren Vorschlägen mit einbegriffen hätten. Möge auf Rußland die Verantwortlichkeit lasten, ihn verweigert zu haben. Mir scheint, daß keine ersprießlichen Unterhandlungen zur Ausführung der anderen Punkte gepflogen werden können, wofern nicht dem Blutvergießen auf eine oder die andere Weise ein Ende gemacht wird. Das Haus wird nicht erwarten, daß die Regierung jetzt sich darüber ausspricht, welches Verfahren sie in dieser Angelegenheit einschlagen will; nur so viel kann ich sagen, daß, da wir unsere Note an Rußland in Gemeinschaft mit den Regierungen Frankreichs und Oesterreichs gerichtet haben, es unsere Pflicht sein wird, uns mit diesen Regierungen über die Antwort, welche jede der drei Regierungen von Rußland erhalten hat, zu besprechen, und ich bin überzeugt, daß unser Verhalten, wie es auch immer sein mag, von diesem Hause und dem Lande gutgeheißen werden wird. — Horsman zieht darauf seinen Antrag zurück.

Rußland.

St. Petersburg. [Befestigungen.] Wie die „Mil. Bl." aus St. Petersburg hören, sind in diesem Augenblicke einige Ingenieur-Offiziere in Bomarsund damit beschäftigt, die im letzten Kriege durch die Franzosen zerstörten Festungswerke wieder herzustellen, und namentlich auch die damals noch unvollendeten Erdschüttungen zu vollenden.

Wilna, 19. Juli. Wiederum hat ein neuer Erlaß Murawieff's das Licht des Tages erblickt. Er lautet:

Erlaß des Generalgouverneurs an die Gouverneure der Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno, Minsk, Witebsk und Mohilew vom 12. Juli 1863.

Der größere Theil der Staatsgüter und Domainen ist an Edelleute und Bürger polnischer Nationalität verpachtet, von denen Viele, uneingedenk der großen Vortheile, welche sie durch deren Pachtbesitz erlangt haben, thätigen Antheil am Aufstande nehmen und einen bedeutenden Theil der aus denselben gezogenen Revenüen dazu verwenden, um die revolutionäre Bewegung zu unterstützen und auf jede Weise den Aufständischen Hilfe zu leisten.

In Erwägung, daß es zur Herstellung der Ruhe und Ordnung unerläßlich erscheint, den Uebeldenkenden alle Mittel zur Fortsetzung ihrer verbrecherischen Bestrebungen zu entziehen, ersuche ich Ew. Excellenz ergebenst, sämmtlichen militärischen und Civilchefs der in Ihrem Gouvernement befindlichen Kreise die strengste Beaufsichtigung aller Pächter von Staats- und Zinsgütern anzuempfehlen. Sobald es zur Kenntniß kommen sollte, daß irgend Einer derselben, oder einer ihrer Verwalter und Administratoren an dem Aufstande sich betheiligt, sei es, daß er den Rebellenbanden Geld, Waffen und Lebensmittel zuführt, oder den Civil- wie Militärbehörden, sowie den Truppen, die Insurgentenabtheilungen und deren Schlupfwinkel verheimlicht, sei es, daß er selbst persönlich an dem Aufstande dadurch Antheil nimmt, daß er die Bauern aufregt, für den Aufstand wirbt, Proklamationen aufrührerischen Inhalts verbreitet, oder durch verdächtiges Benehmen auffällt oder sich aus seinem Aufenthaltsorte entfernt — haben die Militärbefehlshaber ebenso wie die Bezirkschefs auf Grund der §§ 9 und 13 meiner Instruction für die Militär- wie Civil-Polizei-Verwaltung zu verfahren und nach §§ 14 und 19 a. a. O. unverzüglich alle Producte, so wie das übrige Vermögen, welches Eigenthum des Pächters ist, einzuziehen, zu verkaufen, den Erlös aber an die Ortskasse zu zahlen, zugleich aber auch die betreffenden, zur Einziehung der Pachtgelder competenten Kassen davon zu benachrichtigen, damit dieselben in Stand gesetzt werden, das Geld anzunehmen und sofort an zuverlässige Leute die Güter anderweitig zu verpachten.

Indem ich Ew. Excellenz eine strenge Ausführung dieser Verordnung anempfehle, ersuche ich, dieselbe den betreffenden Kassen zur Nachachtung zu empfehlen. Der General der Infanterie Murawieff.

Den Namen der zum Tode verurtheilten Insurgenten lassen Sie mich den Adam Pulawski's und Konstantin Zebrowski's beifügen, welche vor einigen Tagen kriegsrechtlich erschossen worden sind. Der Letztere hatte früher als Artillerie-Offizier in russischen Diensten gestanden. (Ostd. Z.)

Krakau, 22. Juli. [Aus Litthauen. — Gefechte.] Nachrichten aus Litthauen melden, daß Graf Adam Pustowski auf Befehl Murawieffs erschossen wurde. In den Gouvernements Minsk und Wilna wurden 260, im Gouvernement Kowno 210 Rittergüter confiscirt und 62 total ausgeplündert. Die Nachrichten vom Insurrections-Schauplatz in Litthauen treffen verspätet ein, da der Eisenbahnverkehr bis Dzwina unterbrochen ist. Sonstige Nachrichten vom Insurrections-Schauplatze im Königreich berichten über ein am 19. d. Mts. stattgehabtes siegreiches Gefecht der Insurgenten unter Wierzbicki bei Krasnik. Im Plocki'schen kämpften Jasinski und Wawer mit 2000 Mann gegen 5000 Russen am 14. d. Mts. bei Dombrowa, am 15. bei Komarow und am 16. bei Porzodrie, an welchem Tage auch bei Miastkow gekämpft wurde. Am 18. griffen die Insurgenten bei Janow einen russischen Geldtransport an. (Wien. Presse.)

Breslau, 24. Juli. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ohlauerstraße Nr. 60 eine goldene Kapsel und eine schwarzseidene Schürze; Reuschestraße Nr. 55 vierzehn Ellen schwarzer Camlot; einer Fabrikarbeiterfrau während ihres Verweilens in einer der hiesigen Kirchen bei Gelegenheit einer Trauung, aus der Rocktasche ein Portemonnaie mit Stahlschloß und 4½ Thaler Inhalt.

Verloren wurden: drei chirurgische Instrumente (Messer), ein Rasirmesser mit schwarzer Schale, eine Brille mit Silberfassung und ein Buch mit mehreren Impfattesten. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 23. Juli 10 U. Ab.	330,73	+ 18,1	SO. 1.	Wolkig.
24. Juli 6 U. Mrg.	330,44	+ 14,0	W. 1.	Trübe.

Breslau, 24. Juli. [Wasserstand.] O.-P. 12 F. 4 Z. U.-P. — F. 3. F.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. Juli, Nachm. 3 Uhr. Die 3pCt. eröffnete zu 67, 10, stieg, als der Inhalt der österreichischen Noten an der Börse bekannt wurde, auf 67, 45, schloß aber matt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92¾ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 30. Italien. 5proz. Rente 71, —. Ital. neueste Anleihe 71, 60. 3prz. Spanier —. 1prz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 430, —. Creditmobilier-Aktien 1058, 75. Lomb. Eisenb.-Aktien 553, 75.

London, 23. Juli, Nachm. 3 Uhr. Wetter schön, aber kühl. — Consols 92¾. 1proz. Spanier 48¼. Mexikaner 36½. 5proz. Russen 94½. Neue Russen 92½. Sardinier 89½.

Wien, 23. Juli, Nachm. 12 Uhr 30 Min. Etwas matter. 5proz. Metalliques 75, 70. 4½proz. Metalliques 68, 25. 1854er Loose 95, 50. Bank-Aktien 788, —. Nordbahn 167, 80. National-Anlehen 81, 35. Credit-Aktien 188, 90. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 197, —. London 112, 50. Hamburg 84, 40. Paris 44, 60. Gold —. Böhmische Westbahn 161, —. Neue Loose 133, 50. 1860er Loose 99, 50. Lomb. Eisenbahn 250, —.

Frankfurt a. M., 23. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Spekulations-Papiere bei belebtem Geschäfte gegen gestern merklich niedriger. Böhmische Westbahn 73. Finnländische Anl. 90⅛. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 143. Wiener Wechsel 103⅞. Darmstädter Bankaktien 237. Darmstädter Zettelbank 255. 5prozent. Metalliques 65¾. 4½proz. Metall. 59¾. 1854er Loose 84. Oesterreichische National-Anl. 70⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 205. Oesterreichische Bankantheile 820. Oesterr. Credit-Aktien 196. Neueste österreichische Anleihe 89⅛. Oesterr. Elisabetbahn 128. Rhein-Nahebahn 29. Hessische Ludwigsbahn 127⅞.

Hamburg, 23. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 M. Zu den gewichenen Coursen mäßiges Geschäft. Finnländische Anl. 88¾. — Schluß-Course: National-Anleihe 72. Oesterreichische Credit-Aktien 83⅛. Vereinsbank 104⅛. Nordd. Bank 105½. Rheinische 100. Nordbahn 63⅛. Disconto —.

Hamburg, 23. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest gehalten, geringes Geschäfts; ab auswärts fest gehalten und ruhig. Roggen loco und ab Ostsee unverändert; ab Königsberg 120pfd. pr. gleich mit 73 Thlr. bezahlt, pr. September-Oktober zu 76—75½ Thlr. zu haben. Oel Oktbr. 28⅛—28, Mai 27½. Kaffee gutes Consumgeschäft zu eher höheren Preisen. Zink verkauft 3000 Ctr. loco à 11⅞.

Liverpool, 23. Juli. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. — Preise fest.

Berlin, 23. Juli. Abgesehen von den weiteren Coursrückgängen, die besonders bei Eisenbahnactien beträchtlicher als gestern waren, bewahrte die Börse einen gewissen Grad von Festigkeit in der Stimmung, und bekundete damit wenigstens, daß sie von Muthlosigkeit frei sei. Der Umsatz bewegte sich in etwas weiteren Grenzen als gestern; unter den Bankpapieren blieben genfer nach wie vor beachtet, sie erholten sich auch zum Theil von dem stärkeren Preisnachlasse; von den schweren Eisenbahnen ging Manches um; den größten Verkehr erfuhren Oberschlesische A. und C. Die österreichischen Spekulationspapiere blieben in gewohnter Thätigkeit, zu dem Verkehr in Creditactien und neuesten Loosen gesellte sich heute auch noch mehr Handel in National-Anleihe, Franzosen und Lombarden, allerdings bei all diesen Effecten zu gedrückten Coursen. Die wiener Vormittags-Course lauteten abermals weichend: Credit 189. 40, Loose 100, 5, National 81. 80, Metalliques 76, Franzosen 196. 25, London 112. 50 tarirt. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 23. Juli 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	101¾ B.
Staats-Anl. von 1859	5	106⅝ bz.
dito 1850. 52	4	98¾ bz.
dito 1854	4½	101¾ bz.
dito 1855	4½	101¾ bz.
dito 1856	4½	101¾ bz.
dito 1857	4½	101¾ bz.
dito 1859	4½	101¾ bz.
dito 1853	4	98¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	90½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	130 B.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103¼ G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	91½ bz
Pommersche	3½	91¼ bz.
Posensche	4	103¾ B.
dito	3½	97⅞ G.
dito neue	4	97¾ bz.
Schlesische	3½	95⅝ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99½ bz.
Pommersche	4	99½ B.
Posensche	4	97½ bz.
Preussische	4	98½ G.
Westph. u. Rhein.	4	98½ bz.
Sächsische	4	99⅝ bz.
Schlesische	4	100¼ B.
Louisd'or 110 bz.		Oest. Bankn. 89½ bz.
Goldkronen 9. 6½ B.		Poln. Bankn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	68 B.
dito Nat.-Anl.	5	72¾, ½ u ⅝ bz.
dito Lott.-A. v. 60	5	89¼ 88⅞ 89¼ 96
dito 54er Pr.-A.	4	87 [illegible]
dito Eisenb.-L.	—	8[illegible]¼ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	91¼ bz. u. G.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	80⅛ B.
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	90¾ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90 [illegible]
dito à 300 Fl.	5	91¾ B.
dito à 200 Fl.		23¼ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56 B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	31⅛ bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	101 G.
dito II.	4½	100½ bz.
dito IV.	4½	100¼ B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83¼ bz.
Cöln-Minden	4½	101 G
dito II.	5	103¾ bz.
dito	4	9[illegible]¼ B.
dito III.	4	91¾ G.
dito	4½	100½ bz.
dito IV.	4	93½ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— —
dito III.	4½	97½ B.
Niederschl. Märk.	4	97⅞ B.
dito conv.	4	97⅞ B.
dito III.	4	97 B.
dito IV.	4½	101¼ G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	101½ G.
Oberschles. A.	4	— —
dito B.	3½	87¾ B.
dito C. u. D.	4	97¾ B.
dito E.	3½	84½ bz.
dito F.	4½	101¼ B.
Oest. Franz.	3	275½ bz.
Oest. südl. St. B.	3	263½ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	101¼ B.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	100½ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	91½ bz.
Aachen-Mastrich	0	0	4	35 bz.
Amsterd.-Rottd.	5 1/10	6	4	106 G.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	108¾ bz.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	150½ bz
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	122¾ G.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	192 etw. bz.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 5/12	4	135 bz. (e D.)
Böhm. Westb.	—	—	5	72 bz.
Breslau-Freib.	6⅞	8	4	135½ bz.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	181 G.
Cosel-Oderberg	0	½	4	66 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	93½ B.
dito dito	—	—	5	99 B.
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	143 B.
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	289 B.
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅙	1 5/12	4	66 B.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	127 bz.
Mecklenburger	2⅞	2⅓	4	70 B.
Neisse-Brieger	3½	4⅔	4	94¼ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97½ B.
Niedrschl. Zwgb.	1½	2 11/12	4	6[illegible]½ bz.
Nord., Fr.-Wilh.	3	—	4	63¾ bz. u. B.
Oberschles. A.	7 1/10	10 1/12	3½	159 bz.
dito B.	7 1/10	10 1/12	3½	142½ G.
dito C.	7 1/10	10 1/12	3½	159 bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	116¼, 115¾, 116½ bz.
Oestr. südl. St.-B.	8⅝	—	5	148½ bz. u. G.
Oppeln-Tarn.	⅚	2⅓	4	65½ B.
Rheinische	5	6	4	101 G.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	— — —
Rhein-Nahebahn	0	—	4	2[illegible]½ B.
Rhr. Crf. K. Gldb.	3 1/12	4½	3½	98½ G.
Stargard-Posen	4	6	3½	106 B. (e D.)
Thüringer	6⅔	7⅔	4	128 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

	1861	1862	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	5 1/12	5 1/12	4	117½ B.
Braunschw. B.	4	4	4	75¾ B.
Bremer Bank	5⅗	5	4	106½ G.
Danziger Bank	6	6	4	102 G.
Darmst. Zettelb.	8⅓	9	4	102¼ B.
Geraer Bank	5¼	7⅛	4	99½ bz. u. G.
Gothaer „	4½	5½	4	92½ B.
Hannoversche B.	4½	5	4	99½ G.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	104¼ B.
„ Vereins-B.	5 5/16	6 1/4	4	103½ G.
Königsberger B.	5⅗	5½	4	101½ B.
Luxemburger B.	10	10	4	105 B.
Magdeburger B.	4 1/10	4 1/10	4	92 G.
Posener Bank	5 1/12	5 1/12	4	96¼ G.
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 1/10	4½	126 G.
Thüringer Bank	2⅝	3	4	68⅝ bz. u. G.
Weimar „	4	5	4	90¼ B.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	107¼ B.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	95½ B.
Darmstädter „	5	6½	4	94¼ bz.
Dessauer „	0	0	4	5½ G.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	100½ G.
Genfer Credb. A.	2	—	4	57¼ a ¾ bz. u. G.
Leipziger „	3	3½	4	84½ B.
Meininger „	6	7	4	9[illegible] B.
Moldauer Lds.-B.	1 7/10	2 1/10	4	36½ G.
Oesterr. Credb. A.	7¾	8½	5	84 à 83⅝ à 84⅛ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	102 B.
Minerva	0	—	5	32 B.
Fbr. v. Eisenbbdf.	5¼	—	5	104 i. P. bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	142¾ bz.
dito dito	2 M.	142 bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	151½ bz.
dito dito	2 M.	150⅜ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 20½ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	79⅔ bz.
Wien 150 Fl.	8. T.	89¼ bz.
dito dito	2 M.	88½ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 22 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99¾ G.
dito dito	2 M.	99¼ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	3 M.	56. 24 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	102⅜ bz.
dito dito	3 M.	101⅛ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	91½ bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	109¾ bz.

\# **Breslau,** 24. Juli. Wind: Süd-West. Wetter: schön. Thermometer Früh 15° Wärme. Unveränderte Preise bei schwacher Zufuhr.

Weizen fest, pr. 85 Pfd. weißer 78—84 Sgr., gelber 75—82 Sgr. — Roggen gut behauptet, 51—55 Sgr. — Gerste matt, pr. 70 Pfd. weiße 40—41 Sgr., gelbe 37—39 Sgr. — Hafer fest, pr. 50 Pfd. 29—33 Sgr. — Erbsen 45—52 Sgr. — Wicken, 32—44 Sgr. — Oelsaaten ruhig, Winterraps 210—222—228 Sgr., Winterrübsen 212—220—226 Sgr. — Bohnen ohne Frage. — Schlaglein 6⅛—6⅜—7 Thlr. — Lupinen, blaue, 50—55 Sgr., gelbe 58—62 Sgr. — Rapskuchen 52—54 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	77—82—84	Wicken	32—38—44
Gelber Weizen	76—80—82		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—54—56	Schlag-Leinsaat	190—200—210
Gerste	38—40—42	Winter-Raps	210—222—228
Hafer	29—31—33	Winter-Rübsen	212—220—226
Erbsen	45—50—52	Sommer-Rübsen	— — — —

Kleesaat, weiße 14—18 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd netto 20—22 Sgr., pr. Metze neue 1¼—1¾ Sgr.

Telegraphische Depesche.

Paris, 24. Juli. Der „Moniteur" schreibt: Das „Siècle" hat eine zweite Verwarnung wegen eines Artikels für Polen erhalten, der ein Angriff auf die Constitution sei, in Anbetracht, daß die große Sache compromittirt wird, der man zu dienen behauptet, und einen Vorwand zu Agitationen giebt, welche die Regierung nicht dulden kann. — Die Kaiserin ist gestern Abend in Vichy angekommen. (Wolff's T. B.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.